



vlbs aktuell

Nummer 10
Jahrgang 41
Oktober 2020

Organ des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) im dbb



Kolleginnen und Kollegen aus den einzelnen vlbs-Ortsverbänden und Ausschüssen während einer Abstimmung auf der Hauptausschusssitzung in Koblenz.

Hauptausschusssitzung des vlbs in Koblenz (MP)

Der Gesundheitsschutz und sommerliche Temperaturen waren die Rahmenbedingungen für die Hauptausschusssitzung 2020 des vlbs in Koblenz. Dennoch waren die Ortsverbände und Ausschüsse gut vertreten.



Der Schulleiter der BBS JWS Koblenz, Carsten Müller, begrüßt die Anwesenden zur Hauptausschusssitzung des vlbs.

Die Rede des Landesvorsitzenden Harry Wunschel hatten alle mit Spannung erwartet, aber zeitgleich zur Hauptvorstandssitzung an der BBS JWS in Koblenz musste er unerwartet ins Krankenhaus. So übernahm der stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Hoffmann die Aufgabe, die Rede von Harry Wunschel zu halten.

Die „Corona-Pandemie“ hat uns überall fest im Griff, so die Bilanz der letzten

Monate. Nicht nur bei der Organisation von Unterricht und Schule oder bei der Umsetzung der Hygienevorschriften. Auch den vlbs hat es getroffen, schließlich ist der Verband 70 Jahre jung geworden, ein toller Geburtstag, aber richtig groß feiern ist leider nicht möglich. Dabei hat der Verband einiges in den letzten 70 Jahren für die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht.

Das erste Jahrzehnt war vor allen Dingen von dem Zusammengehen des ehemals preußischen Nordens von Rheinland-Pfalz mit den ehemals bayerischen Landesteilen im Süden des Landes geprägt. Dort gab es bis 1963 einen eigenen pfälzischen Berufsschullehrerverband. Es hat Jahre gedauert, bis auch die unterschiedliche Besoldung der BBS-Lehrkräfte in den verschiedenen Landesteilen ein Ende hatte.

Der vlbs konnte die dienstrechtliche Gleichstellung der studierten BBS-Lehrkräfte mit den Lehrkräften an den Gymnasien bezüglich Laufbahn, Besol-

dung und Stundendeputat erreichen. Die Anpassung der Grundlagen von Laufbahn und Besoldung an die heutige Struktur von gehobenen und höherem Dienst hat über ein Jahrzehnt bis 1970 gedauert. Unser Stundendeputat von 24 Wochenstunden wurde ausgehend von 28 Stunden für die Lehrkräfte des höheren Dienstes erst 1990 erreicht, für die Lehrkräfte für Fachpraxis ausgehend von 36 Wochenstunden sogar erst 2008.

In den folgenden Jahren stand die Weiterentwicklung der Strukturen der BBS, welche vom vlbs programmatisch begleitet und sogar in Broschüren veröffentlicht wurden, im Mittelpunkt.

In dieser Ausgabe:

Titelseite bis Seite 43 • Hauptausschusssitzung des vlbs in Koblenz
Seite 43 • IN KÜRZE
Seite 44 • Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2020“
Vor 40 Jahren

Des Weiteren standen die Entwicklung der Doppelqualifikation „Berufsausbildung und Hochschulreife“ sowie der strukturierte Übergang zwischen den verschiedenen Schulformen im Mittelpunkt



Der stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Hoffmann während seiner Rede.

des vlbs. Die Ideen für einen modularen Fachhochschulreifeunterricht, der heutigen DBOS und der BOS 1 und für verschiedene Bildungsgänge des beruflichen Gymnasiums gehen auf die damaligen Diskussionen zurück.

Auch das Thema BBS-Unterrichtsvorsorgung hat den vlbs viele Jahre begleitet. Tatsächlich ist der Unterrichtsausfall in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, auch wenn noch viele Lehrkräfte mit beruflichen Fächern fehlen.

Ein weiteres wichtiges Thema war und ist die Abwehr von Versuchen der Politik, die Schulformen der BBS als Steinbruch zu nutzen, um andere Schularten vermeintlich zu stärken. Die Einrichtung der Fachoberschule an geplanten 60 Standorten der Realschulen plus war ein



Der von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Hauptauschusssitzung zur Leitung der Veranstaltung gewählte Oliver Schmidt nahm sein Amt souverän wahr.

leider herausragendes Beispiel dafür, wie es nicht laufen sollte. Die in den letzten Jahren immer mehr zurückgehenden Schülerzahlen der FOS zeigen, dass langfristig der Standort Realschule plus nicht zu halten ist. Kleinere Klassen können besser in den berufsbildenden Schulen aufgefangen werden.

In den letzten beiden Jahrzehnten kamen viele Sparvorschläge dazu, die bei ihrer

Umsetzung der Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen mehr geschadet als genutzt hätten. Neue sinnvolle Entwicklungen versandeten immer wieder, da das notwendige Geld für eine flächendeckende Umsetzung fehlte. Die geforderte demographische Rendite bei zurückgehenden Schülerzahlen war im besten Fall ein Nullsummenspiel.

Neue bildungspolitische Themen galt es in den letzten Jahren besonders im Berufsvorbereitungsjahr zu bewältigen. Da sind die Themen Inklusion und besonders Geflüchtete zu nennen, die auf dem Weg zu einer Berufsausbildung erst Deutsch lernen und ihre gesellschaftliche Eingliederung bewältigen mussten.



Im Namen des vlbs bedankt sich Markus Penner bei Nina Wagner für die Gestaltung des neuen Erscheinungsbildes des vlbs und den erläuterten Vortrag u.a. zu Farbgebung und Desing.

Eine viel größere Entwicklung, die uns in den nächsten Jahren, vielleicht Jahrzehnten, begleiten wird, ist die Veränderung des Unterrichts in einer zunehmend digitalisierten Welt. Gerade die berufsbildenden Schulen, die in Augenhöhe mit der Wirtschaft ausbilden müssen, sind hier besonders gefordert.

Die Vielschichtigkeit des Themas verlangt große finanzielle Beiträge. Der große Nachholbedarf gegenüber den nordischen Ländern und auch gegenüber den deutschsprachigen Nachbarländern mit einer dualen Ausbildungsstruktur wie Österreich und der Schweiz wurde besonders in den Zeiten des notwendigen Online-Unterrichts im letzten Schulhalbjahr mehr als deutlich.

Fast schon im Monatstakt werden seither neue Ergänzungen des Digitalpaktes Schule auf den Weg gebracht. Wenn viel Geld fließen soll, ist jedoch die Gefahr wenig nachhaltiger Investitionen sehr groß. Hoffentlich werden die vielen dem-

nächst anzuschaffenden Endgeräte nicht einfach in einer Schublade verschwinden und mangels Einsatzmöglichkeiten in den nächsten Jahren zu Modellprojekten für die Beseitigung von Elektronikschrott.

Nach Ansicht des vlbs hat der Bildungsbereich mit der Digitalisierung ein Umsetzungsproblem. Deutlich über 95 % der vom Bund bereitgestellten Mittel für den Digitalpakt Schule waren bis zu Beginn des Schuljahres in Rheinland-Pfalz noch nicht abgerufen worden, obwohl die Beantragung schon seit letztem Herbst möglich war.

Die berufsbildenden Schulen vor Ort haben ihre Hausaufgaben gemacht und die notwendigen Medienkonzepte erstellt. Seitdem warten die Schulen auf die Umsetzung der geplanten Maßnahmen.

Der Entschließungsantrag des vlbs befasst sich mit den dringlichen Sofortmaßnahmen. Unter der Überschrift „Umsetzung der Digitalisierung in berufsbildenden Schulen jetzt“ sind Forderungen an die Politik formuliert, die zeitnah umgesetzt werden müssen. Viele dieser Maßnahmen sind bereits im Leit Antrag zum letzten Berufsschultag des vlbs aufgeführt, doch trotz der vielen Erkenntnisse aus der Zeit der Schulschließungen noch immer aktuell.



Mareike Schumacher (links) und Andrea Wagner (rechts) referieren zur Stärkung der Kommunikation und Präsenz des Verbandes.

Die Ad-hoc-Umsetzung des Fernunterrichtes ist für uns alle eine echte Herausforderung gewesen, sowohl für die unterrichtenden Lehrkräfte als auch für die IT-Fachleute unter den Lehrkräften im Hintergrund. Obwohl die schulischen Voraussetzungen für diese Art des Unterrichtens in einigen Schulen oder einzelnen Schulformen recht weit gediehen waren, standen viele Lehrkräfte und berufsbil-

IN KÜRZE (MP)

Im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Rheinland-Pfalz wurde das Dritte Landesgesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes veröffentlicht. Damit werden Video- und Telefonkonferenzen für einen Übergangszeitraum bis 28. Februar 2021 gesetzlich legitimiert und das bislang per Rundschreiben zugelassene schriftliche Umlaufverfahren übergangsweise gesetzlich verankert. Mit der erfolgten Gesetzesänderung haben die Personalräte bei fehlender Gelegenheit zur Durchführung von Präsenzsitzungen nun Möglichkeiten, Sitzungen und Beschlussfassungen ohne die physische Anwesenheit ihrer Mitglieder vor Ort durchzuführen, um die Handlungs- und Beschlussfähigkeit zu erhalten. Zwingende äußere Umstände, die nicht im Einflussbereich des Personalrats liegen, können ausnahmsweise eine Verschiebung der Personalversammlung in das nächste Kalenderjahr rechtfertigen. Videokonferenzen sind nicht möglich. Das dritte Landesgesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und das Rundschreiben des Ministeriums finden sich im Downloadbereich der vlbs-Homepage.

Der Bundestag hat dem von Justizministerin Christine Lambrecht eingebrachten Gesetzespaket gegen Hasskriminalität im Internet am 18.06.2020 zugestimmt. Das Gesetz enthält ein Maßnahmenpaket, das darauf abzielt, Hetzer im Netz leichter identifizieren und Klagen besser durchsetzen zu können. Dazu gehört eine Verpflichtung sozialer Netzwerke, dem Bundeskriminalamt bestimmte strafbare Inhalte, wie Morddrohungen oder Volksverhetzungen, die ihnen bekannt wurden, zu melden und die IP-Adresse an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben. Öffentliche oder durch Verbreiten von Schriften getätigte Beleidigungen würden zukünftig einer höheren Strafandrohung unterliegen. In diesem Zusammenhang führte die Forschungsgruppe g/d/p im Auftrag der Universität Leipzig eine repräsentative Befragung durch. 18% aller Befragten waren selbst schon einmal von „Hassreden“ im Internet betroffen. Unter den 16-30-Jährigen liegt der Anteil sogar bei 32 %.

Quelle: Universität Leipzig vom September 2020

dende Schulen, meist wegen der fehlenden Infrastruktur, eher am Anfang der Entwicklung. So wurden die Kolleginnen und Kollegen gezwungen, die Digitalisierung, die eigentlich als Marathonlauf vorgesehen war, als Sprint auf die Bahn zu bringen.



Markus Penner während der Vorstellung des „Fahrplans“ zur Personalratswahl im Mai 2021.

Diese Umstellung auf den digitalen Fernunterricht hat von den Lehrkräften sehr viel zusätzliche Arbeitszeit verlangt, viel mehr als das Stundendeputat vorsieht.

Nicht nur die Erstellung und Bereitstellung digitaler Unterrichtsinhalte hat viel Zeit in Anspruch genommen. Auch die zahllosen, individuellen Rückmeldungen waren sehr zeitaufwendig. Insbesondere, wenn alle Rückmeldungen nur als Foto einer analogen Bearbeitung eingingen.

Als dann alles doch noch halbwegs funktioniert hatte, hob das Bildungsministerium die Möglichkeit der Benotung von Online-Leistungen auf. Von immer mehr Schülerinnen und Schüler war plötzlich nichts mehr zu hören, ihre Leistungsmotivation hatte die Nulllinie erreicht.

Für die viele Zeit, die zusätzlich in den Unterricht investiert werden musste und immer noch muss, verlangt der vlbs vom Land umgehend eine vorübergehende Absenkung des Stundendeputates auf 22 Wochenstunden.

Noch viel heftiger hat es die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger getroffen. Der Landesrechnungshof, sicherlich unauffällig im Hinblick auf die Übertreibung von Belastungen, hat schon lange vor Corona festgestellt, dass durchschnittlich 17 Stunden in der Woche für die sehr wenigen Anrechnungsstunden geleistet werden müssen. Die Pandemie hat diese Situation nun weiter verschärft.

Der vlbs fordert das Bildungsministerium auf, jetzt endlich den Versprechungen zur Aufstockung der Anrechnungsstunden für

Funktionsträgerinnen und Funktionsträger nachzukommen.

Derzeitiges Topthema in den Lehrerzimmern der berufsbildenden Schulen ist ein ausreichender Gesundheitsschutz für die Schulgemeinschaft.

Um den Gesundheitsschutz zu stärken, dürfen die Klassen nur so groß sein, dass der Mindestabstand im Klassenraum weitgehend eingehalten werden kann. Das ermöglicht sogar den Einsatz verschiedener moderner Unterrichtsmethoden, wenn auch mit einem gewissen Organisationsaufwand. Gleichzeitig ist zumindest für dieses Schuljahr ein Aussetzen von PAUSE notwendig.

Für die Verminderung der Aerosol-Belastung in den Klassenräumen und damit einer Verringerung der Ansteckungsgefahr in der anstehenden kühlen Jahreszeit müssen schnellstmöglich intelligente Lüftungskonzepte auf den Tisch. Es reicht nicht, z.B. ein Stoßlüften alle 20 Minuten sicherzustellen, denn die „thermische Unbehaglichkeit“, so nennt es das Bildungsministerium, wird überhandnehmen.

Selbst ein nur kurzes Lüften in sehr kurzen Abständen ist kein Ausweg, da auch damit eine vernünftige Arbeitstemperatur im tiefen Winter ausgeschlossen werden kann und durch das ständige Lüften ein normaler Unterricht nahezu unmöglich wird.

Wenn der Gesundheitsschutz ernst genommen und gleichzeitig möglichst „normal“ unterrichtet werden soll, gibt es für den vlbs nur eine Antwort:

Wir müssen eine deutliche Reduzierung der maximalen Klassengröße erreichen!



Der Landesgeschäftsführer Christoph Ringhofer, wie immer gut gelaut und alles im Blick.

Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2020“ ^(MP)

Es ist entscheidend, dass die Bildungsausgaben langfristig Priorität haben, damit alle jungen Menschen die gleiche Chance bekommen, auf ihrem Bildungsweg erfolgreich zu sein und sich die Fähigkeiten aneignen, die sie brauchen, um ihren Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Dies zeigt die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2020“.

Die OECD-Studie vergleicht jährlich Bildungssysteme, Bildungsausgaben und Bildungserfolge in den OECD-Mitglieds- und Partnerländern. Schwerpunkt der diesjährigen Ausgabe ist die berufliche Aus- und Weiterbildung. Dieser Bildungszweig hat in der Coronakrise gleich doppelt zu leiden, da Abstandsregeln einerseits und Unternehmensschließungen andererseits die Verbindung von Theorie und Praxis in vielen Ausbildungsgängen unmöglich machen.

In den OECD-Ländern schließen junge Menschen heute im Schnitt seltener eine Berufsausbildung ab als ihre Elterngeneration. Sie beginnen stattdessen häufiger ein akademisches Studium. Zwar lässt sich dieser Trend auch in Deutschland beobachten, jedoch entscheiden sich hierzulande mit 46 % aller Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs II weiterhin recht viele für einen berufsbildenden Weg, das sind vier Prozent mehr als im OECD-Schnitt.

Mit 89 % sind fast alle von ihnen in dualen Ausbildungsgängen eingeschrieben, die ihnen ein Zusammenspiel von schulischem und betrieblichem Lernen ermöglichen. Das sind fast dreimal so viele wie im OECD-Mittel.

Nach wie vor sind die Berufsaussichten für Absolventinnen und Absolventen von beruflichen Ausbildungsgängen gut. 2019 waren 88 % der 25- bis 34-Jährigen mit einem Berufsabschluss der Sekundarstufe II oder mit einer postsekundären Berufsausbildung beschäftigt. Ihr Beschäftigungsniveau ist damit genauso hoch wie das ihrer Altersgenossen mit einem tertiären Bildungsabschluss.

Deutschland hat die berufliche Bildung auch anschlussfähiger gemacht. Den meisten Absolventinnen und Absolventen steht der Übergang in höhere Bildungsgänge offen. Im OECD-Vergleich gilt das nur für etwas mehr als zwei Drittel der Absolventinnen und Absolventen. Allerdings wird diese Möglichkeit in Deutschland noch nicht so oft genutzt wie in anderen Ländern, etwa der Schweiz.

Insgesamt hält in Deutschland der Trend hin zu akademischer oder höherer beruflicher Bildung an. So hat sich in den letzten zehn Jahren der Anteil junger Menschen mit einem solchen Tertiärabschluss um acht Prozentpunkte erhöht.

Ein Grund für die Attraktivität höherer Bildungsabschlüsse sind die Einkommensvorteile, die sich damit erzielen lassen.

Ganzjährig Vollzeitbeschäftigte mit einem tertiären Abschluss verdienen in Deutschland etwa 61 % mehr als solche, die nur eine Berufsausbildung oder Abitur als höchsten Bildungsabschluss vorweisen können. Im OECD-Mittel liegt der Gehaltsvorsprung bei 54 %.

Bei den Bildungsausgaben befindet sich Deutschland mit etwa 13.500 US-Dollar pro Vollzeitbildungsteilnehmer über dem OECD-Durchschnitt von ca. 11.200 US-Dollar. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt gibt Deutschland mit 4,2 % allerdings etwa 0,7 Prozentpunkte weniger aus. Die jüngsten Zahlen stammen aus dem Jahr 2017.

Die Ausgaben pro Schülerin und Schüler fallen in Deutschland bei den berufsbildenden Bildungsgängen des Sekundarbereichs II besonders hoch aus, womit sie etwa 40 % über dem OECD-Mittel liegen. Die Wirtschaft leistet hier einen wesentlichen Beitrag.

Die gesamte OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2020“ können Sie im Downloadbereich unserer Homepage www.vlbs.org oder unter www.oecd.org nachlesen.

Vor 40 Jahren ^(MP)

Den Richtwerten im Bildungsgesamtplan von 1980 zufolge betrug das Lehrkräftedefizit in RLP damals ca. 30%.

Daraus schloss der vlbs, dass es eigentlich keine arbeitslosen Berufsschullehrkräfte geben dürfte. Dennoch wurden im Februar 1980 fünf Referendare nicht

eingestellt, welche Elektrotechnik als Fachrichtung studiert hatten.

Dabei wurden zahlreiche Lehrkräfte nur in ihrem Erstfach Elektrotechnik eingesetzt und die entsprechenden Klassen hatten einen gekürzten Unterricht. So hatte der vlbs berechnete Zweifel, dass

es für die fünf Kolleginnen und Kollegen keine Beschäftigungsmöglichkeit gäbe.

In einem Land mit dem größten Berufsschullehrkräftemangel kann es vorerst keine arbeitslosen Berufsschullehrkräfte geben, lautete die damalige Schlussfolgerung des vlbs.

vlbs-aktuell

Herausgeber • Verband der Lehrerinnen & Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705, www.vlbs.org

Vorsitzender • Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunsehel@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout • Markus Penner, Römerstraße 10, 55411 Bingen, Telefon 06721-400234, Markus.Penner@vlbs.org

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht.

Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck • johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkaster-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.